



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Unsre polnische Frage

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Unsre polnische Frage



ürst Bismarck sagt in seinen Gedanken und Erinnerungen (Bd. I, S. 313): „Österreich hat der polnischen Frage gegenüber nicht die Schwierigkeiten, die für uns in der gegenseitigen Durchsetzung polnischer und deutscher Ansprüche in Polen und Westpreußen und in der Lage Ostpreußens mit der Frage einer Wiederherstellung polnischer Unabhängigkeit unlösbar verbunden sind. Unsre geographische Lage und die Mischung beider Nationalitäten in den Ostprovinzen einschließlich Schlesiens nötigen uns, die Eröffnung der polnischen Frage nach Möglichkeit hintanzuhalten, und ließen es uns auch 1863 ratsam erscheinen, die Eröffnung dieser Frage durch Rußland nicht zu fördern, sondern, so viel wir konnten, zu verhüten.“

In dem vom Fürsten Bismarck gemeinten Sinne, d. h. im Sinne der internationalen, der hohen Politik, bedeutet die polnische Frage die Frage der Wiederherstellung polnischer Unabhängigkeit, die Wiederherstellung eines selbstständigen polnischen Staats. Für das Deutsche Reich kann diese polnische Frage — und nur von ihr ist jetzt die Rede —, soweit sie deutsches Reichsgebiet berührt, nur noch mit einem bedingungslosen „Unmöglich“ beantwortet werden. Nur ein verlorner Krieg auf Leben und Tod würde das Reich zur Abtretung dieser Gebiete zu veranlassen vermögen. Entschiedener Gegner des modernen, undeutschen Chauvinismus und Macht vor Recht-Patriotismus meine ich, daß daran Deutsche in Deutschland nur noch zweifeln können, wenn sie Narren sind. Die Ablehnung jeder Diskussion dieser polnischen Frage, sowohl in der innern wie in der äußern Politik, ist für uns eine Pflicht der politisch und moralisch unerläßlichen Selbstverteidigung geworden. Wer und was immer an der Zugehörigkeit unsrer sogenannten polnischen Gebietssteile zum Deutschen Reich zu rütteln versucht, versetzt uns in den Stand der Notwehr. Sollten Österreich und auch Rußland oder beide zusammen die Frage für ihre polnischen Gebietssteile noch einmal aufzurollen für gut finden, so geht uns das zunächst nur soweit an, als dadurch natürlich unsre innere Polenpolitik störend beeinflusst werden könnte, und von diesem Standpunkt aus ist es gewiß auch heute noch eine weise Politik, die Eröffnung der polnischen Frage

im Bismarckischen Sinne „hintanzuhalten.“ Unsre polnische Frage ist durch unser Polen seit Jahren aufgerollt. Da ist ein Hintanhalten nicht mehr möglich.

Seit der Neubegründung des Deutschen Reichs mit dem preußischen König als Kaiser ist in derselben Mächtigkeit, wie sich die Slawisierung des österreichischen Kaiserreichs vollzogen hat, in unsern polnischen Bevölkerungs- und Gebiets teilen die polnische Frage im Sinne der Wiederherstellung polnischer Unabhängigkeit, also der Losreißung von Preußen und dem Deutschen Reich, wieder angefacht worden. Nur Blindheit oder böser Wille kann noch unsre polnische Bewegung in andern Sinne zu deuten versuchen. Sie hat längst aufgehört, eine nur staatsrechtliche Frage zu sein, sie ist für uns Deutsche wie für unser Polen nach Zweck und Ziel eine völkerrechtliche Frage geworden, ein völkerrechtlicher Angriff auf seiten unsrer polnischen Mitbürger, eine völkerrechtliche Verteidigung und Notwehr auf seiten des Reichs und des preußischen Staats. In ihrem wahren Wesen ist die polnische Bewegung als eine hoch- und landesverräterische anzusehen, mögen ihre einzelnen öffentlich hervortretenden Aktionen auch noch nicht den Beweis des Vorhandenseins der Merkmale des Hoch- oder des Landesverrats nach dem Wortlaut des Strafgesetzbuchs ermöglichen, und mögen sich auch sehr viele der Beteiligten des hochverräterischen Charakters ihres Verhaltens selbst noch nicht klar bewußt sein. Die völkerrechtliche Natur der Bewegung muß für die Beurteilung und Behandlung durch die Regierung und auch durch die Legislative in Preußen und im Reich grundsätzlich den Ausschlag geben. Die rein staatsrechtliche Beurteilung wäre nicht nur ein arger politischer Irrtum, sondern eine unverantwortliche Gefährdung des Bestandes des Deutschen Reichs und des deutschen Volks. Wir müssen es einsehen und aussprechen, daß heute in unsrer polnischen Frage für uns der Fall völkerrechtlicher Notwehr gegeben ist, und wir dürfen bei unsern Polen einen Zweifel daran, daß wir demgemäß zu handeln entschlossen sind, ebensowenig aufkommen lassen, wie bei den Schürern der Bewegung im Ausland und den etwa über kurz oder lang ihren Einflüssen unterliegenden ausländischen Regierungen.

Die einzelnen Maßnahmen der Staatsgewalt gegen unsre Polenbewegung bleiben trotzdem zunächst Sache der innern Politik und müssen deshalb streng innerhalb der vom Gesetz gezogenen Grenzen gehalten werden. Aber die völkerrechtliche Natur der Frage verlangt andererseits unbedingt, daß, wo immer die zur Zeit geltende Gesetzgebung der Staatsgewalt nicht die nötigen Vollmachten zur Bekämpfung des Angriffs giebt, diese Vollmachten unverzüglich durch die Legislative ergänzt werden. Es hieße eine sehr wenig liberale, ja eine unserm heutigen Rechts- und Kulturstande Hohn sprechende Politik treiben, wollte man die Regierung durch eine Verzögerung legaler Vollmachten dazu zwingen, ihrerseits Katastrophen, wenn nicht nach altbekannten Mustern selbst herbeizuführen, so doch kommen zu lassen, die ihr durch Proklamierung des Kriegszustandes die nötigen Kampfmittel wenigstens teilweise zur Verfügung stellen würden. So schnell und gründlich als irgend möglich muß die polnische Bewegung im Deutschen Reiche niedergeschlagen werden, damit sie sich nicht

international weiter auswächst. Man soll bedenken, was es bedeuten würde, wenn bei einem Kriege mit dem Auslande, vielleicht nach zwei Fronten, noch ein inländischer Krieg geführt werden müßte, daß das aber nicht etwa nur möglich ist, sondern daß es von den leitenden Geistern, ja von dem Geist, der die polnische Bewegung beseelt, vorbedacht ist und vorbereitet wird. So dumm sind die polnischen Politiker auf keinen Fall, daß sie nicht wüßten, daß nur durch einen Krieg, durch den Deutschland zu Boden geworfen würde, ihre Pläne erfüllt werden könnten, und daß sie nicht das Verhalten unsrer Polen in diesem Kriege von langer Hand vorzubereiten suchten. Wie die deutsche Schule sie für den wirtschaftlichen und den politischen Angriff auf das Reich und das Deutschtum erzogen hat, so rechnen sie auch zuversichtlich darauf, von der Erziehung der Polen durch den deutschen Heeresdienst im Kriegsfall zu profitieren. Die Gefahr, die daraus erwächst, ist mit Händen zu greifen. Wer freilich nicht sehen und nicht hören will, dem ist nicht zu helfen.

So entschieden ich eine deutsche und preußische Polenpolitik, nur wenn sie von dieser grundsätzlichen Beurteilung der Polenfrage beherrscht ist, für richtig halte, so bin ich doch weit entfernt davon, zu glauben, daß ihre Lösung in der Hauptsache und von vornherein in gewaltsamen Repressivmaßregeln besteht und auf diesem Wege oder überhaupt leicht durchgeführt werden könnte. Am wenigsten würde man zu einem erspriesslichen Ziel gelangen, wenn man die berechtigten nationalen Empfindungen und die staatsbürgerlichen Rechte unsrer polnischen Mitbürger nicht peinlich schonte und dadurch die polnische Bewegung, und dann nicht bei den Polen allein, ins Recht setzte. Der unerbittliche Ernst, der für uns in dem uns aufgedrungenen Kampfe Pflicht ist, schließt Ritterlichkeit, Gerechtigkeit und Menschlichkeit nicht aus. Unablässig wird man bemüht sein müssen, goldne Brücken zu bauen, soweit sie die schnelle, endgiltige Niederwerfung nicht hindern, und alle unnötigen, kleinlichen Quälereien ebenso vermeiden müssen wie alle Operationen, deren Erfolg wir nicht in der Hand haben. Mit Show of power ist nichts zu machen. Die eigentümliche Natur der Aufgabe verlangt ganz besonders staatsmännisches Geschick und ganz besondere Energie, verträgt am wenigsten kurzfristiges Fortwursteln.

Die größten Schwierigkeiten erwachsen aus der Verquickung der nationalen mit der kirchlichen Seite. Bismarck hat gesagt, daß der Beginn des Kulturkampfes vor dreißig Jahren für ihn hauptsächlich durch seine polnische Seite bestimmt worden sei. Leider hat gerade auf seiner polnischen Seite der Kulturkampf mit der empfindlichsten Niederlage für uns geendet. Mit erstaunlichem Geschick ist es wenigstens den Leitern der polnischen Bewegung gelungen, ihn für ihre Pläne auszunützen, indem sie der blindgläubigen polnischen Bevölkerung die feste Überzeugung beizubringen wußten, daß der Hochverrat in diesem Falle ein Akt gebotner Notwehr gegen die vom Staate drohende Vernichtung ihrer Kirche, ihres Glaubens, ihrer Religion wäre. Wer die ungeheure Macht des polnischen Klerus über das polnische Volk in Oberschlesien, Posen und Westpreußen kennt, wer es weiß, mit welcher Bedingungslosigkeit sich unsre Polen dem eisernen Regiment ihrer Geistlichkeit unterwerfen, und wer sich in den letzten dreißig Jahren überzeugt hat, mit welchem glühenden Haß und mit welcher er-

staunlichen Verschlagenheit ein großer Teil der polnischen Geistlichen die Führung der hochverräterischen Bewegung in die Hand genommen hat, und wie bei weitem ihr größter Teil hilfreiche Hand dazu bietet, den kann der Erfolg, den die Bewegung bisher gehabt hat, nicht befremden. Und er wird verstehn, mit welchen ungeheuern Schwierigkeiten die Regierung in ihrer Polenpolitik zu kämpfen hat, und mit welcher Vorsicht sie ihre Kampfmittel auswählen muß. Er sollte vor allem aber auch begreifen, daß weder immer mit offenen Karten gespielt werden darf, noch daß das Spiel gewonnen werden kann, ohne daß manche Stiche dritten, oft sehr unbequemen und unberufenen Mitspielern überlassen werden. Das wird bei der Kritik der Politik der Regierung und bei den öffentlichen Vorschlägen einzelner bestimmter Maßnahmen, wie mir scheint, vielfach nicht genügend beachtet.

Wie kann zuerst dem hochverräterischen Treiben der Geistlichen ein Damm gezogen werden? Ob es bei ernsthaftem Zufassen so unmöglich wie bisher sein sollte, die Herren auf Grund des Wortlauts unsers Strafgesetzbuchs ins Zuchthaus zu schicken, ist ja schwer zu sagen. In § 81 wird bestimmt: Wer das Bundesgebiet ganz oder teilweise einem fremden Staate gewaltsam einzuverleiben oder einen Teil desselben vom Ganzen loszureißen unternimmt, wird wegen Hochverrats mit lebenslänglichem Zuchthaus oder lebenslänglicher Festungshaft bestraft. Als ein Unternehmen, wodurch das Verbrechen des Hochverrats vollendet wird, ist nach § 82 jede Handlung anzusehen, „durch welche das Vorhaben unmittelbar zur Ausführung gebracht werden soll.“ Und § 86 bedroht jede, ein „hochverräterisches Unternehmen“ vorbereitende Handlung mit Zuchthaus bis zu drei Jahren oder Festungshaft von derselben Dauer. Da sind Hinterthüren in Menge vorhanden! Dasselbe gilt von den Strafbestimmungen für Landesverrat. Auch die Paragraphen über den Widerstand gegen die Staatsgewalt und der sogenannte Kanzelparagraph haben sich gegen das hochverräterische und staatsgefährliche Verhalten der Geistlichen selbst bis jetzt als wirkungslos erwiesen. Ein Beichtstuhlparagraph ist nicht möglich. Wo die Bestimmungen gegen die durch die Geistlichen angestiftete Bevölkerung streng zur Anwendung gebracht worden sind, hat man Märtyrer gemacht. Die geistlichen Hochverräter haben ein feines Gefühl für die Fälle, wo es sich verlohnt, ihre Gläubigen zur Bestrafung zu bringen, wie die Breschner Vorgänge beweisen. Die Schulbehörde möge sich vor Wiederholungen hüten. Der Strafrichter scheint überhaupt dem Gehorsam der ungebildeten Massen gegen die sie zur Gesetzesverletzung anstiftende Geistlichkeit wie einer Elementargewalt machtlos gegenüber zu stehn. Die Leute werden sich zu Hunderten jahrelang einsperren lassen und als nachahmenswerte Beispiele wirken. Ganz anders die geistlichen Hezer selbst. Wenn man von ihnen, wie sie es wahrhaftig schon um ihre blind vertrauenden Beichtkinder reichlich verdienen, einige zwanzig bis dreißig ins Zuchthaus setzte, so würde das wahrscheinlich Wunder wirken. Zu diesem allein gerechten und humanen strafgerichtlichen Vorgehen wird man sobald wie möglich zu gelangen suchen müssen, auch wenn die Gesetzgebung zu dem Zweck in Bewegung gesetzt werden müßte. Aber dazu gehört die Zustimmung des Reichstags. Ist auf sie zu rechnen?

Die Verwirrung im patriotischen Empfinden, in die infolge des Kulturkampfes leider ein großer Teil der deutschen katholischen Bevölkerung des Reichs geraten war, scheint, Gott sei Dank, im Schwinden zu sein. Das staatsmännische Verständnis und die Vaterlandsliebe ihrer Mitglieder, an denen ja im Ernst nie gezweifelt werden konnte, hat das Verhalten der Zentrumsparthei in patriotischere Bahnen geführt, sodaß man von ihr wohl jetzt eine unbefangnere, deutschere Beurteilung und deshalb auch eine schärfere Beurteilung der polnischen Bewegung erwarten darf. Wenn sich Parteien in Zeiten des Kampfes an Irrtümer hängen, so wirkt das noch nach, wenn auch der Irrtum schon erkannt ist. Es ist eine weise Politik der Regierung, wenn sie sich ernsthaft bemüht, den Irrtum zu widerlegen, als ob das Reich die römisch-katholische Kirche beeinträchtige und ihre Angehörigen zurücksetze. Alle die Gleichberechtigung und die freie Religionsübung der die Katholiken verlegenden Gesetze und Einrichtungen wären vom Übel. Wenn die Behandlung der Katholiken durch das Reich und die preußische Regierung in neuerer Zeit in protestantischen Kreisen manchmal mißmutig kritisiert worden ist, so erklärt sich das aus dem frühern Verhalten der römischen Kirche und auch der deutschen Katholiken. Man sollte aber doch auch bedenken, daß wo es sich um die Befehrung der Massen von feststehenden Irrtümern handelt, die Argumente drastisch wirken müssen. Die Grenzboten haben wiederholt der protestantischen *ecclesia militans* das Recht abgesprochen, so wie sie es thut, die Aufhebung des Jesuitengesetzes zu bekämpfen. Lieber heute als morgen möchte ich das Gesetz aufgehoben sehen, wenn das Verhalten des Zentrums und der katholischen Geistlichkeit im Reiche die Gewähr böte, daß sie endlich ehrlich und rückhaltlos der Staatsgewalt in ihrem Kampf gegen das hochverräterische Treiben der an der polnischen Bewegung beteiligten polnischen Geistlichen ihre guten Dienste leisten wollten. Wird diese Gewähr nicht in der zuverlässigsten Weise geboten, so wäre die Aufhebung des Jesuitengesetzes eine unbegreifliche Thorheit. Sie könnte die polnische Gefahr ganz unübersehbar verschärfen. Träten die deutschen Katholiken in der polnischen Frage treu zur Regierung, so würden sie sich nicht nur überzeugen, daß diese die römisch-katholische Kirche und Religion auch in der polnischen Bevölkerung in keiner Weise beeinträchtigen lassen will, sondern sie würden sich auch um ihre polnischen Glaubensgenossen und um die katholische Kirche in den polnischen Landesteilen hoch verdient machen. Der Kampf gegen die Vorbereitungen zur Losreißung dieser Gebietssteile vom Reich müßte bei dem leider vorhandenen eigentümlichen Glaubensstande der polnischen Bevölkerung, der Verquickung der religiösen mit der politischen Seite der polnischen Frage, selbstverständlich zu argen Härten auch gegen das religiöse Empfinden der mißleiteten Bevölkerung führen, wenn die deutschen Katholiken und katholischen Geistlichen nicht als ehrliche, zuverlässige, patriotische, reichstreue Bundesgenossen der Regierung beim Kampf und bei der Versöhnung der Gemüter energisch mit Hand anlegen wollten. Aber wie kann man an eine zuverlässige Hilfe von dieser Seite glauben, solange sie nicht einmal die hochverräterischen Ziele der polnischen Bewegung, ja nicht einmal ihre aggressive Natur oder überhaupt ihr Unrecht anzuerkennen wagt? Wie die Herren das vor ihrem deutschen

Gewissen, vor ihrer deutschen Ehre und Vaterlandsliebe rechtfertigen können, ist mir unklar. Daß sie reichsfeindlichen Einflüssen von Rom aus darin nachgeben, erscheint mir kaum noch glaublich. Die Thatfache allein, daß es römisch-katholische Geistliche sind, die sich der hochverräterischen Umtriebe schuldig machen, genügt doch auch nicht zur Erklärung. Das Verlangen der Schulbehörden, daß die Kinder auch den Religionsunterricht in deutscher Sprache empfangen sollen, muß und wird ja doch aufgegeben werden, sobald sein Aufgeben nicht mehr gefährlichen Mißdeutungen unterliegt; am besten vielleicht sofort. Das Zentrum mit seiner Gefolgschaft steht in der Polenfrage jedenfalls vor einer entscheidenden Probe. Von ihrem Ausfall wird es abhängen, ob das Reich und die große Mehrheit des deutschen Volkes, nicht nur des evangelischen, von neuem tiefem und dauerndem Mißtrauen gegen die ultramontane Bevölkerung und die römische Kirche erfaßt wird, oder ob sie ihnen die Hochachtung weiter zollen kann, die ihnen jeder unbefangene Deutsche gönnen und wünschen muß.

Besonders viel erörtert wird die Sprachenfrage. Staats- und Amtssprache kann im ganzen Deutschen Reiche nur die deutsche sein, und ebenso selbstverständlich hat der preussische Staat darauf zu halten, nicht nur daß jeder Staatsangehörige Gelegenheit hat, Deutsch zu lernen, sondern daß er auch wirklich Deutsch lernt. Daran darf nicht gerüttelt und gerührt werden. Daß dadurch unsern Polen ihre Muttersprache geraubt würde, ist einfach Unsinn. Thatsächlich aber hegt die polnische Agitation die Bevölkerung dazu auf, sich gegen diese berechnete und unerläßliche Forderung der Staatsgewalt in jeder erdenklichen Weise aufzulehnen. Der Staat wird in der Sprachenfrage von jedem Schuljungen und von jedem Bettelweibe systematisch schikaniert, und mit richtigem Blick hat die polnische Bewegung darin ein vortreffliches Agitationsmittel erkannt. Hier gilt es, mit ruhigem Blut klare und erzwingbare Bestimmungen zu treffen und auf ihre strikte Befolgung rücksichtslos zu halten. Die Mäzchen, die die Reichspostverwaltung mit den sogenannten Übersetzungsbureaus gemacht hat, waren wenig am Plage. Wer im Deutschen Reich eine für einen Ort des Deutschen Reichs bestimmte Sendung zur Post giebt, hat sich bei der Adressierung und allem, was zu ihr gehört, der deutschen Sprache zu bedienen. Thut er das nicht, so darf die Postsendung nicht befördert werden, und der Absender, der das weiß, darf sich durchaus nicht beklagen. Wer nicht deutsch schreiben kann, braucht nicht anders behandelt zu werden, als der, der gar nicht schreiben kann; ein Brief mit polnischer Adresse nicht anders als ein Brief, dessen Adresse nur aus drei Kreuzen besteht. Die Herren Polen werden dann bald vor der deutschen Post zu Kreuze kriechen. Aber freilich ernste, rücksichtslose Konsequenz ist ihnen gegenüber in allen Dienst- und Amtssachen durchaus nötig. Vor Gericht und vor allen andern Amtsstellen darf der Gebrauch der polnischen Sprache nur dann erlaubt werden, wenn die die Stelle in Anspruch nehmende oder von ihr in Anspruch genommene Person wirklich der deutschen Sprache nicht in genügendem Maße mächtig ist. Wie die Sachen jetzt liegen, wäre es zu wünschen, daß die Anwendung der polnischen Sprache in allen Fällen von einer protokolllarischen eidesstattlichen Erklärung über die Unfähigkeit,

deutsch zu sprechen, abhängig gemacht, und daß diese Erklärung ex officio der Polizei zur Untersuchung der Richtigkeit zugestellt würde. So wie es jetzt getrieben wird, darf es unter keinen Umständen weiter gehn. Notorisch sind die Weigerungen, deutsch zu sprechen, vielfach nichts als Schikane, ein wirksames Mittel, dem aufzuhegenden Volke fortgesetzt immer neue drastische Beweise von der Ohnmacht der Staatsgewalt vor Augen zu führen. Und wo die Leute wirklich nicht deutsch sprechen können, ist es eine eklatante Blamage für die deutsche Unterrichtsverwaltung der letzten dreißig Jahre. Wie kann sie bei dieser Sachlage so „fortwursteln“ wollen! Und wenn für einige Jahre das Schreibwerk dadurch gewaltig anwüchse, so wäre das ein nicht der Rede wertcs Übel im Vergleich mit der Schädigung, die sich die staatliche Autorität jetzt Tag für Tag widerstandslos gefallen läßt. Gegen unrichtige eidesstattliche Erklärungen müßte natürlich mit aller Strenge vorgegangen werden. Einbringliche Belehrungen über die Folgen würden dann nach einigen warnenden Beispielen die Zahl der Straffälle bald wesentlich verringern.

Freilich muß dann aber alles geschehn, die heranwachsende polnische Jugend deutsch sprechen und schreiben zu lehren. Der obligatorische Fortbildungsunterricht mindestens bis zum achtzehnten Jahre kann nicht entbehrt werden. Das wird viel Geld kosten, aber es muß sein. Halbe Maßregeln sind gerade auf dem Gebiete des Unterrichtswesens in den polnischen Gebieten jetzt die ärgste Vergeudung öffentlicher Mittel. Es herrscht hier immer noch eine unglaubliche und unverantwortliche bureaukratische Kurzsichtigkeit und Engherzigkeit. Allerdings gehört dazu ein sehr zahlreiches, tüchtiges, sozial und sittlich musterhaftes und der Regierung und der deutschen Sache zuverlässig ergebnes Lehrer- und Schulaufsichtspersonal. Es muß gefunden und geschaffen werden. Je zuverlässiger die Herren sind, um so schwieriger und unangenehmer ist ihre Lage. Gute Gehalte, gute Wohnungen, Ausstattung der ganzen äußern Lage mit reichlichen Vorzügen aller Art sind natürlich nötig. Um Gottes willen verfahre man hier nicht weiter nach der alten Schablone, nach der der ostelbische Junker und der höhere Beamte und vielfach auch der protestantische Geistliche noch immer den „Dorfschulmeister“ behandeln zu dürfen glaubt. Die Mission, die die Herren Lehrer gerade auf dem Lande, gerade in den zurückgebliebensten Bezirken und vollends in den polnischen Gegenden zu erfüllen haben, ist unendlich wichtig, unendlich schwierig, aber auch unendlich ehrenvoll. Je dichter sie im Polnischen sitzen werden, um so erträglicher werden sie leben, um so zuverlässiger werden sie bleiben trotz der Versuchungen, die stündlich von polnischer Seite an sie herantreten. Man Sorge für ihre Geselligkeit untereinander und mit andern gebildeten reichstreuem Berufsständen, namentlich mit den Staatsbeamten, denen freilich zum Teil leider erst der gottvergessene Affessoren- und sonstige Dünkel wird abgewöhnt werden müssen, wenn sie imstande sein sollen, in den polnischen Gebiets teilen zum Segen der deutschen Sache, so wie es nötig ist, zu wirken, auf dem Lande wie in den Städten.

Damit ist die große, wichtige Beamtenfrage überhaupt und zwar an einer ihrer heikelsten Seiten angeschnitten. Der Kastengeist und der Standeshochmut,

der seit dreißig Jahren in Norddeutschland in so bedauerlicher Weise zugenommen hat, trägt mit Schuld an der kläglichen Lage des Deutschtums im Osten. Man scheint dagegen noch blind und taub zu sein. Aber bei so schweren und ernsten Aufgaben, wie sie dem Staate in unsrer Zeit bevorstehn, und ganz besonders in dem Kampfe gegen die polnische Gefahr wird man doch wohl bald Jesum Christum auch in dieser Beziehung erkennen müssen. Ich will hier die Frage nicht weiter verfolgen. Gute Lehren helfen nichts; die Not muß beten lehren.

Daß es, wie die Verhältnisse liegen, besonders wünschenswert wäre, recht viele katholische Beamte zur Verwendung in den polnischen Gebieten verfügbar zu haben, ist klar. Man wird aber von ihnen immer auch einen besondern Grad persönlicher Widerstandsfähigkeit gegen die religiöse Seite der polnischen Bewegung verlangen müssen. Wünschenswert ist ferner unstreitig für die deutschen Beamten in den polnischen Gebieten eine möglichst große Kenntnis der polnischen Sprache. Aber wie bei den katholischen wird man auch bei den polnisch sprechenden Beamten auf besondere Zuverlässigkeit der deutschen Gesinnung sehen müssen. Deshalb würden vielleicht Unterrichtskurse in der polnischen Sprache für angehende deutsche Beamte, die in den polnischen Gebietsteilen verwandt werden wollen und sollen, nützlich sein. Es gilt das gerade auch für die höhere Beamtenlaufbahn.

Daß man bei der militärischen Ausbildung der mißleiteten polnischen Bevölkerung alle Vorsicht anwendet, ist wohl anzunehmen. Jede Schwäche und Unvorsichtigkeit wird sich hier ja auch am ärgsten rächen. Etwas zu gleichgültig scheint man mir aber der wachsenden Ansiedlung polnischer Arbeiter im Westen gegenüber zu stehn. Hier müssen der Staatsgewalt besondere Vollmachten, und wenn „Ausnahmegesetze“ dazu nötig wären, sobald als möglich geschaffen werden. Ob man nicht von den sich außerhalb der polnischen Gebietsteile ansiedelnden polnischen Arbeitern den Nachweis hinreichender Kenntnis der deutschen Sprache verlangen sollte, ist der Erwägung wert. Das Verlangen, daß Polen in öffentlichen Versammlungen deutsch sprechen sollen, widerspricht der Verfassung und setzt die Polen ins Recht.

Ganz besonders aber ist dem sich in der Polenfrage entwickelnden thatsächlichen Kriegszustande gegenüber eine energische Verschärfung der politischen Beobachtung, oder meinetwegen: der polizeilichen Aufsicht, dringend geboten. Vor allem können sehr große geheime Fonds und sehr viele geheime Agenten gar nicht mehr entbehrt werden. Wenn man die den Hochverrat vorbereitenden, das Volk im Widerstande gegen die Staatsgewalt systematisch schulenden Herren Pröpste in Posen und Westpreußen mit ihren Kaplänen und die mit ihnen in regem politischem Verkehr stehenden zahlreichen Laien der höhern und der mittlern Stände jetzt nicht auf Schritt und Tritt überwacht, wird man ihrer niemals Herr werden. So widerwärtig, so abstoßend auch gerade diese Seite der Abwehrmaßregeln anmutet, so ist doch ihre ganz besondere Ausbildung auf das allerdringendste zu empfehlen. Daß sie schon gepflegt wird, ist ja klar. Aber ihre Widerwärtigkeit verleitet nur zu leicht dazu, außergewöhnliche Aufwendungen und Verschärfungen möglichst lange hinauszuschieben.

Reicht das gesetzliche Rüstzeug für die Regierung nicht aus, so muß schleunigst für Ergänzung gesorgt werden. Krieg ist Krieg. Wollen die Herren Polen den Krieg, so sollen sie ihn haben, mit allen Konsequenzen bis zur völligen Niederlage.

Damit sind die politischen Maßnahmen, die zur Niederwerfung der polnischen Bewegung unternommen werden müssen, natürlich noch lange nicht erschöpft. Erschöpfendes zu geben konnte hier auch gar nicht beabsichtigt sein. Wer nicht in die politischen Geschäfte eingeweiht ist, kann doch eigentlich immer nur mehr grundsätzliche Urteile und auch diese nur mit manchem Vorbehalt abgeben. Es kam hier nur darauf an, der Laune und der Gleichgültigkeit, mit der sehr viele Kreise der gebildeten Deutschen der polnischen Gefahr und dem Kampf der Staatsgewalt dagegen gegenüber stehen, den Ernst der Lage vor die Augen zu führen und auch die chauvinistischen Großsprecher an die ungeheuern Schwierigkeiten der zu lösenden Aufgabe zu erinnern, denen sich das moderne Überdeutschum bis jetzt recht wenig gewachsen gezeigt hat.

Wenn man zur Kräftigung der wirtschaftlichen Lage des Deutschtums und namentlich zur Schaffung einer zahlreicheren und widerstandsfähigeren deutschen landwirtschaftlichen Bevölkerung in Posen und Westpreußen schon bedeutende öffentliche Mittel aufgewandt und noch beträchtlichere aufzuwenden sich entschlossen hat, so kann das nur gebilligt werden. Die Grenzboten sind von jeher für eine möglichst energische Fortführung der Ansiedlung Deutscher in den polnischen Gebietsteilen eingetreten, und ich glaube, wenn der Staat auch Hunderte von Millionen opfern müßte, um zu erreichen, daß sich in dreißig Jahren die Kleinbäuerliche und die landwirtschaftliche Arbeiterbevölkerung um einige Hunderttausende — was sehr wohl möglich wäre — vermehrt hätte, daß das Geld gut angelegt worden wäre. Aber alle diese positiven Maßregeln zur wirtschaftlichen Förderung des Deutschtums im Osten werden — so wenig sie unterlassen werden dürfen — nichts helfen, wenn nicht mit allem Nachdruck die politischen Maßregeln gegen die polnische Bewegung durchgeführt werden. Man hält die deutschen Landwirte und Gewerbetreibenden in der neuen polnischen Heimat nicht fest, wenn sie überall und täglich der Gehässigkeit und der Übermacht der wie die Ketten zusammenhaltenden polnischen Einwohnerschaft begegnen und die Ohnmacht der deutschen Staatsgewalt, des Treibens Herr zu werden, empfinden. Entweder suchen sie möglichst schnell, neuerdings auch auf die finanziellen Staatsunterstützungen spekulierend, ein gutes Geschäft zu machen und dann wieder abzuziehen, oder sie unterliegen über kurz oder lang der Versuchung, sich durch Hineineigung zur polnischen Sache ihre persönliche Situation angenehm zu gestalten. Wie mir scheint, werden auch die Katantisten unmittelbar nicht viel daran besser machen können. Auch die seit Jahren bemerkbare Hineineigung der eingewanderten Juden nach der polnischen Seite ist von hier aus zu betrachten. Daß man zunächst mehr Staatsdomänen schaffen will, ist sehr weise. Wenn man ein Drittel des Milliardensegens vor dreißig Jahren dazu bestimmt hätte — was ich damals hoffte —, so hätten wir wahrscheinlich heute die polnische Frage nur in sehr abgeschwächter Gestalt und wären in der Lage,

eine Besiedlung in großem Maßstabe mit dauerndem Erfolg vorzunehmen. Der Ankauf von großen Gütern zur Verpachtung im ganzen und von Waldkomplexen müßte vom Staat ausgeführt werden, soweit dafür Mittel nur immer flüssig zu machen wären. Aber sein Hauptzweck läge doch erst in der Zukunft, während die Gegenwart schnelles, scharfes, wirksames Zugreifen fordert.

Sehr ernst sollte auch die Frage genommen werden, wie es denn kommt, daß die polnischen Landwirte die deutschen auch wirtschaftlich immer mehr aus dem Felde schlagen, obwohl der Staat dem Deutschtum mit Millionenfonds zur Seite steht. Die Rede, daß die Bedürfnislosigkeit des Polacken und seine menschenunwürdige Lebenshaltung das bewirke, ist längst nicht mehr wahr. Unsre polnischen Bauern, die heute die deutschen verdrängen, sind gerade die, die in Allgemeinbildung und Wirtschaftsführung in den letzten zwanzig Jahren erstaunliche Fortschritte gemacht haben. Und für die polnischen Großgrundbesitzer hat die Rede niemals gegolten. Sie haben immer gut, oft viel zu gut gelebt. Jetzt leben sie zum großen Teil vernünftiger, und zum Teil wirtschaften sie auch vernünftiger, auch „rationeller,“ d. h. ohne die Verluste an jedem Hektar Land und an jedem Zentner Frucht, über die die deutschen schreien. Man frage nur einmal an bei den sehr zahlreichen gut deutschen fach-, fach- und volkswkundigen Verwaltern polnischer Herrschaften, man wird da — freilich immer nur im kontradiktorischen Verfahren — vieles lernen, was für die deutschen Wirte im Polnischen zwar nicht immer schmeichelhaft ist, für die deutsche Regierung und die deutsche Landwirtschaft aber vielfach um so lehrreicher sein würde. Nach allem, was ich von den verschiedensten Seiten — außer durch Presse und Bücher — über die Sache in den letzten Jahrzehnten erfahren habe, scheint mir der übermäßige Protektionismus, in dem man die deutschen Landwirte erzogen hat, und die übertriebene Lobhudelei, durch die man sie unbescheiden gemacht hat, ihre Widerstandskraft im Kampfe gegen die Polen bei sonst gleichem Licht und Schatten vielfach zu lähmen. Sie rufen als Pioniere des Deutschtums nach Staatshilfe in der Wirtschaft auch da, wo nur die eigne Tüchtigkeit helfen kann und polnischen Wirten auch thatsächlich hilft. Da können freilich Hunderte und viele Hunderte von Millionen verpulvert werden, ohne daß das Deutschtum wirtschaftlich gekräftigt wird. Es fällt mir nicht ein, damit ein bestimmtes, abgeschlossenes Urteil fällen zu wollen, nur daß eine große Gefahr für das Deutschtum aus seiner protektionistischen Verweichlichung zu erwachsen droht, das wage ich mit aller Bestimmtheit auszusprechen. Der Kampf gegen die polnische Bewegung ist sehr schwer und kostspielig. Viele Millionen müssen für die dringlichen politischen Maßregeln flüssig gehalten werden. Schade deshalb um jede Million, die durch die agrarprotektionistische Politik in den Brunnen geworfen würde. Es wäre sehr bequem, die Schuld an dem geringen Erfolge, den bisher das Ansiedlungswerk gehabt hat, seinen leitenden Beamten und ihrem sogenannten Bürokratismus in die Schuhe zu schieben. Sie haben ihre Aufgabe unter sehr schwierigen Bedingungen zu lösen gehabt. Mit dem Wechsel der Personen ist da nicht geholfen, und die weniger bürokratische Verwaltung kann leicht eine weniger gewissenhafte werden.

Die Lösung unsrer polnischen Frage von heute ist die Niederwerfung der polnischen Bewegung auf preussischem Boden, und das ist zunächst eine politische, nicht eine wirtschaftliche Aufgabe.



Grundsätze der magyarischen Politik



er im gegenwärtigen Augenblick besonders schwere Kampf des Deutschentums gegen die magyarische Unterdrückung, den man in der Presse der herrschenden Klasse, im ungarischen Reichstag und in den Delegationen mit dem Namen „Alldeutsche Bewegung“ belegt, macht eine Darstellung der wahren Absichten des Magyarentums gegenüber den übrigen Nationalitäten des Landes und insbesondere gegenüber den Deutschen erwünscht. Das Verdienst einer solchen Darstellung hat sich der frühere Ministerpräsident Baron Desider Bánffy erworben, indem er in einer Reihe von Artikeln, die in der Halbmonatsschrift „Magyar Közelet“ (Ungarisches öffentliches Leben) erschienen sind, die meist uneingestanden oder in gefällige Gewänder gekleideten Absichten seiner Stammesgenossen offenerzig enthüllt und die anzuwendenden, vielfach auch schon angewandten Mittel ganz ohne Scheu darlegt. Der Pester Lloyd hat diesen sehr lesenswerten Ausführungen auch die Verbreitung in einer Weltsprache verschafft, und so ist jeder deutsche Leser in der Lage, sich ein Urteil über das Schicksal zu bilden, dem zwei Millionen Stammesgenossen in Ungarn entgegengehen.

Der durch seine Gewaltthätigkeit zu Falle gebrachte frühere Ministerpräsident, der seinen Sturz noch immer nicht verschmerzen kann und sich durch Schürung des magyarischen Nationalstolzes bis zur Gluthitze womöglich wieder zur Macht emporzuschwingen oder mindestens sein Andenken bessern möchte, spricht offen aus, was sehr viele seiner Stammesgenossen wohl denken und wünschen, aber offen einzugestehn sich doch scheuen. Er aber hat den Mut dazu, denn er hat ja nichts zu verlieren. Er sucht aber nicht bloß auf den Chauvinismus seiner Landsleute zu wirken, sondern trachtet auch andre Kräfte seinen Ideen dienstbar zu machen.

In seinem ersten Artikel „Über den Dreibund und die Nationalitäten“ geht er von dem Satz aus, daß für den Dreibund die österreichisch-ungarische Monarchie nur dann Wert habe, wenn sie den zersetzenden Bestrebungen, die täglich die Grundlage ihres Bestandes schwächen, Schranken zu ziehen vermöchte, wenn also Ungarn seinen einheitlichen nationalen Charakter nicht nur zu bewahren, sondern durch eine bewußte Politik (der Magyarisierung) auch noch weiter zu entwickeln verstände. Wenn Deutschland wisse, daß sein einheitlich nationaler Charakter und sein bedingungsloses Germanisationsbestreben die Grundlage und die Gewähr seiner Kraft sei, so gelte das noch mehr für Ungarn, das, wenn es leben wolle, einheitlich magyarisch national sein und